

## Die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche

ist die älteste und größte christliche Gruppe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans-Menschen in Deutschland. Sie wurde 1977 in Berlin gegründet. Früher nannte sie sich Selbsthilfe- und Emanzipationsgruppe; heute würde man das eher Interessenverband oder Fachverband nennen. Die Mehrheit der 420 Gruppenmitglieder sind schwule Männer. Christliche Lesben haben sich auch in mehreren kleineren Gruppen zusammengeschlossen, mit denen wir kooperieren. Transsexuelle, Transgender, Transfrauen, Transmänner werden im Folgenden mit dem Begriff „TransMenschen“ bezeichnet, solange es keine besser geeignete Bezeichnung gibt. In unserem Verein sind einige TransMenschen aktiv. Mit der Situation Intersexueller Menschen haben wir uns ansatzweise beschäftigt. Es besteht eine inhaltliche Kooperation und Vernetzung mit rund zehn weiteren christlichen schwullesbischen Gruppen und Netzwerken.

Einige unserer Mitglieder sind aus ihrer Kirche ausgetreten; Verletzung und Frust waren zu groß. Sie sind aber weiter am Thema und an Veränderungen in den Kirchen interessiert. Es gehören etwa gleich viele Mitglieder den evangelischen Landeskirchen und der römisch-katholischen Kirche an. Wenige Mitglieder gehören zu evangelischen Freikirchen, zur altkatholischen Kirche und zur anglikanischen Kirche.

Schwerpunkte unserer Tätigkeit sind die Aktivitäten bundesweiter Arbeitsgruppen, regionaler Gruppen, zwei jährliche Tagungen für Mitglieder und Gäste sowie die Mitwirkung bei Kirchen- und Katholikentagen. Kontakte zur Politik gibt es eher sporadisch. Das Bundesverfassungsgericht hat die HuK mehrfach um Stellungnahmen gebeten, erstmalig beim Verfahren zum Lebenspartnerschaftsgesetz. Kirchliche Gremien beider Konfessionen laden Vertreter\_innen der HuK immer wieder zu Gesprächen ein. In der evangelischen Kirche erleben wir inzwischen viel Respekt und ernsthafte Kooperation. Bei offiziellen Vertreter\_innen der katholischen Kirche ist noch viel zu tun. Wenn diese überhaupt das Gespräch mit uns führen, so sind das vorsichtige Gespräche, da wird uns auch erklärt, was alles nicht möglich ist usw. Langfristig besteht das Vorhaben, uns gemeinsam mit Kolleg\_innen aus anderen europäischen Ländern für effektive Gespräche mit katholischen Kirchenvertretern zu schulen.

Es gibt nirgendwo eine systematische Darstellung inhaltlicher Positionen des Vereins. Selbstverständlich gibt es zu vielen Fragen auch sehr unterschiedliche Auffassungen bei den Mitgliedern.

Eine allgemeine Einschätzung zur Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans-Menschen im Sozial-, Gesundheits-, Erziehungsdienst sowie im Bildungssektor können wir wohl nicht geben. Wir befassen uns aus nahe liegendem Grund vor allem mit der Situation der Personen, die in den genannten Branchen bei kirchlichen Dienstgebern beschäftigt sind sowie mit den fachlichen Standards, die in solchen kirchlichen Diensten und Einrichtungen praktiziert werden.

An vielen Stellen ist die historisch gewachsene Sonderrolle der Kirchen heute ein Ärgernis. Zum Beispiel, weil den Kirchen in Deutschland beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz Sonderwege ermöglicht wurden. Und weil in zahlreichen Regionen kirchliche Ausbildungsstätten und kirchliche Dienstgeber de facto eine Monopolstellung haben. Wir fordern, dass vor allem die römisch-katholische Kirche ihre Haltung zu Sexualität und zu Homosexualität grundlegend verändert, dass sie fachliche Standards ernst nimmt und sich nicht trotzig als

Biotop der Homophobie hinstellt. Als erste Maßnahme verlangen wir, dass sie auf Kündigungen wegen des Eingehens einer Lebenspartnerschaft verzichtet. Sowohl faktische wie auch rechtliche Diskriminierung ist hier abzubauen.

Lesben, Schwulen, Bisexuellen und TransMenschen, die im kirchlichen Dienst tätig sind, ist Wertschätzung entgegenzubringen. Ohne sie sähe es in vielen Einrichtungen duster aus.

Lehrpläne in Schulen, Arbeitsordnungen, Dienstanweisungen, die Macht des Wortes von der Kanzel, an vielen Stellen haben die Kirchen Einfluss. Da die meisten Dienstleistungen, die in entsprechenden Einrichtungen erbracht werden, durch staatliche Gelder und Mittel der Sozialversicherung finanziert werden, müssen auch staatlich fixierte Standards für die Erbringung dieser Leistungen gelten. Zwar bejahen wir die Möglichkeit für Tendenzbetriebe, von ihren Mitarbeitenden Loyalität zu verlangen, doch wollen wir auch im engen Bereich der Verkündigung keine Diskriminierung ermöglichen. Also: wenn staatliches Recht ohne Ausnahme für die Krankenschwester in der Diakonie gelten soll, dann bitte auch für den Pfarrer oder die Religionslehrerin.

Auf lokaler Ebene arbeiten wir vereinzelt mit Begegnungs- und Beratungsstellen und Gruppen für Lesben, Schwulen, Bisexuellen und TransMenschen zusammen. Auch wir werden in schwierigen Lebenssituationen angefragt; wir bieten Internetberatung sowie persönliche Beratung insbesondere bei Kirchentagen an. Häufig geht es dabei um die Themen Coming-out und kirchlicher Arbeitgeber. Ein Teil der allgemeinen Schwulen- und Lesbenberatungseinrichtungen ist für religiöse / kirchliche Fragen sensibilisiert, für manche Rat suchende Person sind wir aber die passende Anlaufstelle.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Mehrheit unserer Mitglieder sowohl am Arbeitsplatz wie auch im näheren sozialen Umfeld geoutet ist. Es gibt aber nach wie vor Personen, die es nicht sind. Bei den meisten von ihnen dürfte es mit dem Dienstgeber Kirche in Zusammenhang stehen. Einige weitere Personen, darunter ein Lehrer, sind nicht geoutet, weil sie in Angst leben. Eine Person lebt in Russland und lebt in zunehmender Angst. Eine weitere Person übernahm eine Leitungsposition in einer kirchlichen Einrichtung und wurde später von einem Mitbewerber wegen ihres Engagements in der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche schlecht gemacht. Nach einem Gespräch mit dem zuständigen Bischof wurde unserem Mitglied „gestattet“, weiterhin die berufliche Leitungsfunktion auszuüben und in der HuK tätig zu sein, letzteres darf aber nicht öffentlich geschehen.

#### LSBT und Alter

Unsere Gruppe wurde vor 36 Jahren überwiegend von jungen kirchlich engagierten Menschen gegründet. Ältere Mitglieder waren die Ausnahme. Das ist heute anders. Wir sehen, dass es auch unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und TransMenschen einsame und alte und kranke Menschen gibt. Einige von ihnen haben die NS-Zeit, den zweiten Weltkrieg sowie die finsternen Nachkriegsjahre erlebt, in denen männliche Homosexualität strafbar war und eine schwullesbische Kultur sich erst zaghaft entwickelte.

Wir haben den Eindruck, in vielen ambulanten und stationären Einrichtungen ist die Lebensrealität von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und TransMenschen noch nicht angekommen. Das ist aber notwendig, denn diese Menschen leben nicht nur in Köln oder Berlin, sondern überall. Auch in ländlichen Gegenden ist es wichtig, sich mit der Vielfalt von Lebenswegen zu beschäftigen, um Menschen verstehen und sie gut begleiten zu können.

Wir gehen davon aus, dass es in vielen Einrichtungen und Ausbildungsstätten Nachholbedarf gibt. Insbesondere in Einrichtungen der römisch-katholischen Kirche besteht Verwirrung und Unkenntnis („was DÜRFEN wir??“), das heißt, zwischen menschlicher und gesellschaftlicher Realität klafft eine große Lücke. Das Einbeziehen sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse stößt immer dann an Grenzen, wenn die offizielle (oder vermeintliche) Lehrmeinung der römisch-katholischen Kirche ins Spiel kommt.

Wir arbeiten mit Einrichtungen und Personen zusammen, die sich im Sinne der jetzt von Papst Franziskus in Interviews verdeutlichten menschnahen (wenig urteilenden) Kirche engagieren und die mutig das Leben, was möglich und geboten ist. Durch Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit machen wir gute Praxis bekannt und stärken die, die etwas tun.

Zum Familien- und Lebensformen-Thema läuft bei uns eine Diskussion. Sie ist durch allgemeine gesellschaftliche Veränderungen angestoßen, aber auch dadurch, dass in allen Kirchen Debatten stattfinden (vgl. Orientierungshilfe der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit, Juni 2013). Ein erheblicher Teil der ablehnenden Rückmeldungen fußt auf der ohnehin schon vorhandenen Ablehnung von Homosexualität, also letztlich auf Homophobie. Wie unsere interne Debatte genau verlaufen wird, wissen wir nicht. Es ist aber seit langem unsere Linie, dass wir in Staat und Kirche die volle Akzeptanz für alle Lebensformen einfordern, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, unabhängig von der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität der Partner. Für die meisten von uns ist es folgerichtig, die Ehe vollständig für lesbische und schwule Paare zu öffnen. Das häufig vorgebrachte Argument, der Staat müsse die Ehe schützen, weil dort Kinder entstehen können, überzeugt uns weder theologisch noch politisch. Alle Menschen, die Kinder großziehen, verdienen gesellschaftliche Unterstützung, auch das unabhängig von der Frage, ob sie heterosexuell, lesbisch oder schwul sind.

Wir gehen davon aus, dass Lesben und Schwule Kinder genauso gut erziehen wie heterosexuelle Paare. Manche Expert\_innen sprechen davon, dass Lesben und Schwule das Thema Kinder, wenn sie sich dafür entscheiden, sehr ernsthaft reflektieren und bewusst damit umgehen, auf alle Fälle nicht schlechter als Heteros.

Wir fordern, dass alle, die mit Kindern und Familien arbeiten, auch die Situation von Regenbogenfamilien berücksichtigen. Das gilt für alle Kindergärten, egal ob staatlich oder kirchlich, für Schule, Vereine, Gemeindearbeit. Unerträglich finden wir Diskriminierung, die zum Teil in Medien berichtet wird, zum Beispiel dass Kinder aus Regenbogenfamilien ausgegrenzt werden.

Für Adoptionsvermittlung gelten in Deutschland klare Vorschriften. Die Entscheidung, ob ein Paar adoptieren darf, darf allein vom Kindeswohl und den allgemeinen Voraussetzungen für Adoptiveltern abhängig gemacht werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Gruppe zum konkreten Thema der Sukzessivadoption zweimal um Stellungnahme gebeten, die wir auch abgegeben haben. Im Verfahren vertraten etwa 10 von 11 angefragten Organisationen die Auffassung, das Verbot der Sukzessivadoption sei verfassungswidrig.

Die genannten Kriterien – Kindeswohl und Eignung der Annehmenden – müssen auch generell im Adoptionsrecht gelten.

Seit Entstehung unserer Gruppe beackern wir unser Feld: Kirche, Gemeinde, kirchliche Gruppen etc. Da konnten wir in den 90er Jahren mit unserem Projekt „Farbe bekennen“ sehr viele Menschen erreichen.

Wir arbeiten auch zu gesellschaftspolitischen Fragen, vor allem zum Verhältnis von Staat und Kirche, zum Thema Erinnern (schwulesbische Geschichte; hier unterstützen wir seit langem eine Ausstellung im KZ Lichtenburg in Sachsen-Anhalt) und zu aktuellen politischen Debatten (Steuerrecht, Adoptionsrecht). Ein Vertreter unserer Gruppe arbeitet im Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld mit. Das Land NRW hat uns zur Zusammenarbeit im Rahmen des Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie eingeladen, wir machen da gerne mit, müssen aber feststellen, dass es ein zäher und langsamer Prozess ist.

Mit Sorge beobachten wir fundamentalistische Tendenzen in Kirche und Gesellschaft. Wo es uns möglich ist, führen wir die Auseinandersetzung.

Wir schauen über den Tellerrand der christlichen Religion hinaus und sind im Austausch mit VertreterInnen anderer Religionen, vorwiegend Juden und Muslimen. In einer Welt, die sich nach Frieden und Gerechtigkeit sehnt, ist Interreligiöser Dialog für uns ein Schritt in die Zukunft.

Wir arbeiten aktiv im Europäischen Forum der christlichen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender und begleiten dort solidarisch die Kolleginnen und Kollegen aus Osteuropa.



---

## **Präambel zur Satzung der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e. V.**

Die *Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e. V.* ist ein freier Zusammenschluss von Frauen und Männern, die sich kritisch und konstruktiv mit Homosexualität und Kirche auseinandersetzen. Gottes Handeln in der Welt, von dem die Bibel Zeugnis gibt, erfahren wir als befreiende Botschaft. Befreite Menschen lädt Gott in eine Gemeinschaft ein, in der Gerechtigkeit herrschen soll und die Menschenwürde beachtet wird. Dieses gibt vielen Lebensformen Raum zur Entfaltung gelingenden Lebens. Wir verstehen homosexuelles und heterosexuelles Empfinden und Verhalten als gleichwertige Ausprägung der einen menschlichen Sexualität. Deshalb arbeiten wir am Abbau von Diskriminierung und fordern die volle Teilhabe von Lesben und Schwulen am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben.

- Wir wollen durch Information und Begegnung Vorurteile und Unkenntnis zum Thema Homosexualität abbauen.
- Wir wollen uns mit Kirchengemeinden, kirchlichen Verbänden und Gremien auf die Suche nach einer Ethik der Sexualität begeben, in der auch lesbische und schwule Beziehungen gleichwertig gelebt werden können.
- Wir wollen die Korrektur undifferenzierter und unqualifizierter Äußerungen zur Homosexualität, gleich von welcher kirchlichen oder politischen Seite sie gemacht oder auch nur geduldet werden.

- Wir wollen, dass homo- wie heterosexuellen Frauen und Männern prinzipiell alle beruflichen Möglichkeiten in Kirche und Gesellschaft offenstehen. Das Geschlecht und die sexuelle Orientierung eines Menschen befähigen zu keinem und disqualifizieren von keinem Amt.
- Wir wollen Lesben und Schwulen helfen, die aufgrund ihrer Homosexualität Probleme mit ihrem kirchlichen Arbeitgeber haben. Wir sind solidarisch mit allen anderen Menschen, die auf ähnliche Weise unter dem kirchlichen Missbrauch der Privilegien aus dem Tendenzschutz leiden.
- Wir wollen in den Kirchen deutlich machen, dass sich insbesondere an ihrem Umgang mit von HIV und AIDS betroffenen Menschen der Grad ihrer Akzeptanz alternativer Lebensformen messen lässt. „Positiv“ oder „negativ“ ist in unserer Weggemeinschaft keine Frage des Immunstatus.
- Wir wollen die Solidarität unter Lesben und Schwulen stärken. Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden bei uns ihren Platz.
- Wir wollen Lesben und Schwule einladen, spirituelles Leben mit uns zu teilen. Wir wollen als Christinnen und Christen in der lesbisch-schwulen Öffentlichkeit erkennbar sein.

*Auf Grundlage dieser Präambel und zur Erreichung unserer Ziele suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Personen und Gruppen.*

Frankfurt am Main, 22.01.2000